

René Schmidt
Kantonsrat glp
Lahnstrasse 36
8200 Schaffhausen

An den Präsidenten
des Kantonsrats
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 31. August 2020

Motion 2020/14

Einreichung Standesinitiative «Reduktion von risikoreichen Pestiziden»

Der Regierungsrat wird eingeladen, gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung eine Standesinitiative einzureichen, wonach die Bundesversammlung die Grundlagen für eine Beschränkung des Einsatzes von Pestiziden zu schaffen hat. Der Regierungsrat setzt sich auch in der Konferenz der Kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) und in der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) für eine wirksame Verstärkung des Vorsorgeprinzips im Pestizid-Zulassungsverfahren und für die wirkungsvolle Reduktion des Einsatzes risikoreicher Pestizide ein.

Begründung:

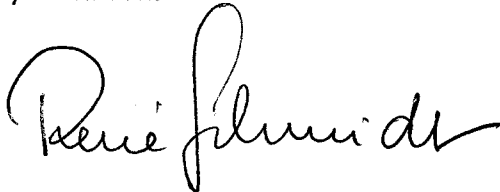
Lange galt die Versorgung mit sauberem Trinkwasser in der Schweiz als Selbstverständlichkeit. Das Fungizid Chlorothalonil und seine Abbauprodukte, sowie weitere stark toxische oder dauerhaft in Natur und Trinkwasser auffindbare Pestizide (z.B. Atrazin) haben diese Selbstverständlichkeit zum Wanken gebracht. Diverse Wasserfassungen mussten zeitweise oder dauerhaft abgestellt werden, weil Pestizidkonzentrationen über den für den Trinkwasserschutz erlassenen Grenzwerten liegen. Die landesweite Einschätzung durch das BAFU (Mai 2020) zeigt, dass im Mittelland das Grundwasser erheblich mit Chlorothalonil-Metaboliten verunreinigt ist und die Grenzwerte grossflächig überschritten werden. Stark betroffen ist auch der Kanton Schaffhausen.

Auch Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) sind vielerorts durch Pestizide belastet. Ökotoxikologische Grenzwerte werden vor allem in kleineren, aber auch mittelgrossen Gewässern überschritten, was hauptsächlich auf die Anwendung von Pestiziden in der Intensivlandwirtschaft (Acker-, Obst-, Weinbau) zurückzuführen ist.

Um weiterhin eine flächendeckende Versorgung mit sauberem Trinkwasser zu gewährleisten und die Artenvielfalt in unseren Gewässern zu erhalten, muss der Einsatz von Pestiziden, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie gesundheits- und naturgefährdend sind, eingeschränkt werden. Der direkte Einfluss der Kantone ist jedoch gering und der kantonale Vollzug des Gewässer- und Trinkwasserschutzes kaum zu gewährleisten, wenn die

Pestizidbelastungen in Landschaft und Gewässern nicht zurückgehen. Über die Zulassung bzw. Verbote von Pestiziden sowie über grundsätzliche Anwendungseinschränkungen entscheidet der Bund. Die Kantone können zwar Zuströmbereiche festlegen. Dies ist wichtig, jedoch mit grossem Aufwand verbunden und dauert entsprechend seine Zeit. Es ist deshalb entscheidend, dass der Bund besonders toxische Pflanzenschutzmittel gar nicht mehr zulässt. Dies hat auch die Konferenz der kantonalen Bau- und Umweltdirektoren (BPUK) Ende Mai festgehalten.

Der Regierungsrat soll sich daher beim Bund für restriktivere Regelungen im Zusammenhang mit der Zulassung und mit den Anwendungsbedingungen von Pestiziden einsetzen, um die Risiken des Pestizideinsatzes für Trinkwasser und Natur deutlich zu reduzieren und damit auch die Kantone im Vollzug zu entlasten. Ein externes Audit (KPMG) des Zulassungsverfahrens hat gezeigt, dass es diverse Mängel beim Zulassungssystem gibt. Diese müssen schnell korrigiert werden. Zudem soll die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) darauf ausgerichtet werden, besonders risikoreiche Wirkstoffe möglichst rasch aus dem Verkehr zu ziehen und generell den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, beispielsweise mittels einer Lenkungsabgabe. Der Regierungsrat wird daher aufgefordert seine Einflussmöglichkeiten beim Bund sowie in der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) und der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zu nutzen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René Föllmi'. The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'R'.

Vorstoss

Motion/Postulat von René Schmidt vom 31.8.2020 betreffend «Pestizide»

Untenstehende Ratsmitglieder unterstützen mit ihrer Unterschrift den Vorstoss:

Name / Vorname (bitte in Blockschrift eintragen)	Partei	Unterschrift
SULZBERGER ^{Fred} _{Yalc}	GLP	
Harvelid Maria	GLP	
Schmidig Rainer	EVP	
Capaul Urs	Grüne	
Penker Angela	AL	
De Ventura Linda	AL	
Wildboer Karoline	AL	
Stefan Lacher	JUSO	
Zuhler Kurt	SP	
MARCO PASSARARO	SP	
Patricke Portmann	SP	
Peter Nussli	SP	
Dani Meyer	SP	
Frederike Bloch	SP	
Karin Huber	SP	
Irene Grubler Heiny	SP	
Matthias Freyvogel	SP	
Müller Bruno	SP	
Frei, Andreas	SP	
Neumann, Eva	SP	
Mzllw Relat	GRÜNE	